

N i e d e r s c h r i f t

über die 3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom
03.12.2014
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789
Monheim am Rhein
Beginn: 16:04 Uhr
Ende: 20:24 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Frau Carina Häusler

Vertretung für Frau Janne Koch

Vertretung für Herrn Holger Radenbach ab
19:53 Uhr

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Herr Tim Kögler

Herr Michael Lück

Frau Lisa Pientak

Herr Holger Radenbach

bis 19:53 Uhr

Herr Benedikt Reich

Herr Lucas Risse

Frau Laura Töpfer

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Vertretung für Herrn Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Alexander Schumacher

Vertretung für Herrn Werner Goller

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

Frau Sonja Baumhauer

Frau Estelle Dageroth

Herr Martin Frömmer
Herr Friedhelm Haussels
Herr Peter Heimann
Herr Manfred Hein
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Dietmar Marx
Frau Sabine Noll
Herr Robert Ullrich

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

es fehlen entschuldigt

Herr Werner Goller
Frau Janne Koch
Herr Michael Nagy
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Anregung der Interessengemeinschaft Straßen und Kanalerneuerung Hofstraße nach § 24 GO NRW IX/0210
5. Satzung zur 6. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008" IX/0202
6. Satzung zur 6. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" IX/0203
7. Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2013" IX/0204
8. Neufassung der Sondernutzungssatzung der Stadt Monheim am Rhein IX/0061

9.	Benutzungs- und Entgeltordnung für die Nutzung der Aula am Berliner Ring, des Schelmenturms, der Räume der Volkshochschule (VHS), das Sojus 7 und die Räume des Ulla-Hahn-Hauses	IX/0028
10.	Entgeltordnung für den Besuch von Angeboten des Ulla-Hahn-Haus der Stadt Monheim am Rhein	IX/0039
11.	Wortmalerei - Implementierung der Sparten Bildende Kunst und Literatur in den Monheimer Grundschulen	IX/0036/1
12.	Perspektive für das soziokulturelle Zentrum Sojus 7	IX/0151
13.	Kulturförderung der Stadt Monheim am Rhein - Entwicklung kulturpolitischer Leitlinien	IX/0165
14.	Begabtenförderkonzept der Musikschule	IX/0176
15.	Bildungspauschale für Ganztagsangebote	IX/0137
16.	Richtlinien zur Förderung der freien Jugendverbandsarbeit	IX/0163/1
17.	Erhöhung des Zuschusses für den Abenteuerspielplatz Monheim am Rhein e.V.	IX/0164
18.	Erhöhung des Zuschusses für den Jugendklub Baumberg	IX/0166
19.	Ausweitung Aufgabengebiet Jugendförderung	IX/0167
20.	Städtisches Gesamtkonzept zur Entwicklungsförderung von jungen Menschen durch Schulsozialarbeit/-psychologie in Grundschulen und weiterführenden Schulen in Monheim am Rhein	IX/0174
21.	Gründung Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein	IX/0173/1
22.	Konzept zur Sozialraumversorgung in den Übergangswohnheimen der Stadt Monheim am Rhein	IX/0129
23.	2. Satzung zur Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen	IX/0201
24.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Mettmann im Bereich Statistik	IX/0205
25.	Winrich-von-Kniprode-Schule - Neubau Klassentrakt und Mensa - - Baubeschluss -	IX/0120
26.	Auslaufen der Bestandsbetrauungen in der ÖSPV-Finanzierung/Weiterentwicklung des VRR-Finanzierungssystems	IX/0178
27.	Fragezeit für Einwohnerinnen und EinwohnerHaushaltssatzung und Haushaltsplan 2015	IX/0187

- 28. Mündliche Mitteilungen
- 29. Mündliche Anfragen
- 29.1. Holzgebäude auf der Bürgerwiese
- 29.2. Sachstand Baugebiet Baumberg Ost
- 29.3. Grundstück im Monheimer Süden an der Hefe-Fabrik

SITZUNGSERGEBNIS:

Öffentliche Sitzung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der Sitzung vom 23.10.2014 zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

4 Anregung der Interessengemeinschaft Straßen und Kanalerneuerung Hofstraße nach § 24 GO NRW Vorlage: IX/0210

Protokoll:

Die Peto-Fraktion folge der Begründung der Verwaltung, so deren Sprecherin. Es sei in Nordrhein-Westfalen der Grundsatz „Gebühren vor Steuern“ anzuwenden. Die in der Begründung der Interessengemeinschaft angeführten Beispiele aus anderen Bundesländern seien nicht übertragbar, da das kommunale Abgaberecht jeweils andere Gestaltungsmöglichkeiten festlege.

Auch die Qualifizierung als Anliegerstraße sei richtig. Die Fahrzeugbelastung der Hofstraße sei im Vergleich zu ähnlichen Straße eher gering. So seien täglich auf der Hofstraße 820 Fahrzeugeinheiten zu verzeichnen, auf der parallel verlaufenden Frohnstraße bereits 3.200. Darüber hinaus gebe es zur Qualifizierung einer Straße zu einer Anliegerstraße Richtlinien der Verkehrsplanung, deren definierte Kriterien von der Hofstraße erfüllt seien.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt an, dass die Meinung seiner Fraktion mit den Ausführungen der Verwaltung und der Peto-Fraktion grundsätzlich überein stimme. Jedoch werde die Anpassung der Gebührensätze begrüßt. Ein Vergleich mit anderen Gemeinden habe ergeben, dass 5 der kreisangehörigen Gemeinden sowie Düsseldorf und Leichlingen einen Beitragssatz für die Fahrbahn von 50% und für Gehwege von 60% erheben würden. Daher werde die Senkung der Gebührensätze auf die vorgenannten Werte beantragt.

Die CDU-Fraktion beabsichtige, einen Antrag zur Haushaltssatzung zu stellen und die Gebühreneinnahmen zu senken, da sie ebenfalls die Senkung der Gebührensätze befürworte, führt der Sprecher der CDU-Fraktion aus. Daher werde dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Senkung der Gebühren auf 50% für die Fahrbahnen und 60% für die Gehwege gefolgt. Dem vorliegenden Antrag der Interessengemeinschaft könne nicht entsprochen werden. Bezugnehmend auf die Ausführungen der Peto-Fraktion zur Qualifizierung von Straßen, merkt der Sprecher der CDU-Fraktion an, dass dies Aufgabe der Verwaltung sei und nicht durch die politischen Gremien festzulegen oder zu überprüfen sei.

Es gebe ebenso Beispiele von Gemeinden in der Nachbarschaft, die höhere Gebührensätze festgelegt hätten, führt der Bürgermeister aus. Es sei eigenartig, wenn eine Stadt wie Velbert, die Geld aus dem Kommunal-Soli empfangt, sich den „Luxus“ leiste, ihre Gebührensätze auf 50% bzw. 60% festzulegen. Die daraus resultierenden Ausfälle würden dann über Steuern oder sogar aus dem Kommunal-Soli finanziert.

Aus dem Grundsatz „Gebühren vor Steuern“ folge auch, dass, sofern eine Entlastung der gesamten Bürgerschaft erfolgen solle, zunächst Steuern zu senken seien, bevor eine Gebührensenkung erfolgen könne.

Auch die Peto-Fraktion vertrete die Auffassung, dass grundsätzlich eine Steuer- senkung der Gebührensatzung vorzuziehen sei, so die Sprecherin der Peto-Fraktion. Im Falle der Gebührensatzung würden Einzelne auf Kosten der Allgemeinheit begünstigt. Auch Gebührenpflichtige vergangener Jahre, wie die Anwohner der Klappertorstraße, würden damit ungerecht behandelt.

Über den Antrag bezüglich der Gebührensatzung könne im Rahmen der Haushaltsberatungen abgestimmt werden, merkt der Sprecher der CDU-Fraktion an. Nun sei über die Anregung der Interessengemeinschaft zu diskutieren.

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschlussempfehlung

Der Anregung der Interessengemeinschaft Straßen- und Kanalerneuerung Hofstraße vom 03.11.2014 wird nicht gefolgt.

einstimmig zugestimmt

- 5 **Satzung zur 6. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"**
Vorlage: IX/0202

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 6. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 6** **Satzung zur 6. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"**
Vorlage: IX/0203

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 6. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 7** **Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2013"**
Vorlage: IX/0204

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 1. Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 8** **Neufassung der Sondernutzungssatzung der Stadt Monheim am Rhein**
Vorlage: IX/0061

Protokoll:

Der Bürgermeister weist auf die im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr seitens der SPD-Fraktion gestellte Frage hin, wie die im Stadtgebiet vorhandenen Postverteilkästen zu behandeln seien. Diese werden in einigen anderen Städten ebenfalls gebührenpflichtig durch die Sondernutzungssatzung erfasst. Es werde vorgeschlagen, die Vorlage bis zur Ratssitzung zu ergänzen und diese Postverteilkästen zu integrieren.

Beschlussempfehlung

Die Neufassung der Sondernutzungssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Anlagen 1 (Gebührentarife) 2 (Richtlinie zur Gestaltung der Außengastronomie in der Stadt Monheim am Rhein) und 3 (Abgrenzungsbereich

der Gestaltungsrichtlinie) der Satzung sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 9 Benutzungs- und Entgeltordnung für die Nutzung der Aula am Berliner Ring, des Schelmenturms, der Räume der Volkshochschule (VHS), das Sojus 7 und die Räume des Ulla-Hahn-Hauses**
Vorlage: IX/0028

Beschlussempfehlung

Die „Benutzungs- und Entgeltordnung für die Aula am Berliner Ring, den Schelmenturm, die Räume der Volkshochschule (VHS), das Sojus 7 und die Räume des Ulla-Hahn-Hauses“ wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 10 Entgeltordnung für den Besuch von Angeboten des Ulla-Hahn-Haus der Stadt Monheim am Rhein**
Vorlage: IX/0039

Beschlussempfehlung

Die „Entgeltordnung für das Ulla-Hahn-Haus der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2013“ wird entsprechend der als Anlage beigefügten Fassung geändert. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 11 Wortmalerei - Implementierung der Sparten Bildende Kunst und Literatur in den Monheimer Grundschulen**
Vorlage: IX/0036/1

Beschlussempfehlung

- 1.) Das Projekt Wortmalerei wird ab dem Schuljahr 2015/2016 auf alle dritten Klassen der Monheimer Grundschulen ausgeweitet. Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
- 2.) Die erforderlichen Haushaltsmittel werden in den kommenden Haushaltsjahren unter dem Produkt 41.4 Kulturelle Bildung Kulturverwaltung eingeplant. Anlage 2 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 12 Perspektive für das soziokulturelle Zentrum Sojus 7**
Vorlage: IX/0151

Beschlussempfehlung

Die unter Gliederungspunkt 3 aufgeführten umzusetzenden Maßnahmen zur langfristigen Sicherung des Sojus 7 als soziokulturelles Zentrum in Monheim am Rhein werden beschlossen.

einstimmig zugestimmt

- 13 Kulturförderung der Stadt Monheim am Rhein - Entwicklung kulturpolitischer Leitlinien**
Vorlage: IX/0165

Beschlussempfehlung

Die Durchführung eines moderierten Beteiligungsprozesses zur Entwicklung kulturpolitischer Leitlinien der Stadt Monheim am Rhein wird beschlossen.

einstimmig zugestimmt

- 14 Begabtenförderkonzept der Musikschule**
Vorlage: IX/0176

Beschlussempfehlung

Das Begabtenförderkonzept der Musikschule wird beschlossen.
Die Verwaltung wird beauftragt, die im Konzept beschriebenen Maßnahmen ab dem Jahr 2015 umzusetzen. Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 15 Bildungspauschale für Ganztagsangebote**
Vorlage: IX/0137

Beschlussempfehlung

1. Außerunterrichtliche Sportangebote an den städtischen Grundschulen in Monheim am Rhein werden zukünftig aus der Bildungspauschale für den Offenen Ganztag finanziert. Die Bildungspauschale für den Offenen Ganztag wird daher ab dem 01.08.2015 von derzeit 5.000 Euro auf zukünftig 5.500 Euro je Gruppe erhöht.
2. Für die weiterführenden Ganztagsschulen in Trägerschaft der Stadt Monheim am Rhein wird für die Sekundarstufe I ab dem 01.01.2015 ein Bildungsbudget von 1.000 Euro je Klasse bereitgestellt.

einstimmig zugestimmt

- 16 Richtlinien zur Förderung der freien Jugendverbandsarbeit**
Vorlage: IX/0163/1

Beschlussempfehlung

Die Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit in Monheim am Rhein werden in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 17 Erhöhung des Zuschusses für den Abenteuerspielplatz Monheim am Rhein e.V.**

Vorlage: IX/0164

Beschlussempfehlung

1. Dem Antrag auf Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit des Abenteuerspielplatzes Monheim am Rhein e.V. auf jährlich 78.000,00 Euro wird stattgegeben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Trägervertrag auf Basis der in der Begründung unter Ziffer 2 aufgeführten (Mindest-)Regelungsinhalte abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

18 Erhöhung des Zuschusses für den Jugendklub Baumberg

Vorlage: IX/0166

Beschlussempfehlung

1. Dem Antrag auf Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit des Jugendklubs Baumberg in Trägerschaft des SKFM Monheim am Rhein e.V. auf jährlich 127.200,00 Euro wird stattgegeben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den bestehenden Trägervertrag entsprechend anzupassen.

einstimmig zugestimmt

19 Ausweitung Aufgabengebiet Jugendförderung

Vorlage: IX/0167

Beschlussempfehlung

Der Ausweitung des Aufgabengebietes der Jugendförderung in den Bereichen: Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und Spielplatzscouts wird zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

20 Städtisches Gesamtkonzept zur Entwicklungsförderung von jungen Menschen durch Schulsozialarbeit/-psychologie in Grundschulen und weiterführenden Schulen in Monheim am Rhein

Vorlage: IX/0174

Beschlussempfehlung

1. Das städtische Gesamtkonzept zur Entwicklungsförderung junger Menschen durch Schulsozialarbeit / -psychologie wird bis Juni 2015 fertig gestellt und im Anschluss dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.
2. Die Ausbauplanung der Schulsozialarbeit in Monheim am Rhein wird, wie unter Ziffer II der Begründung dargestellt, beschlossen.

einstimmig zugestimmt

21 Gründung Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein

Vorlage: IX/0173/1

Protokoll:

Unter Ziffer 7 des Beschlussvorschlages wird seitens der CDU-Fraktion Frau Gabriele Hackel benannt.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt dem Eintritt der Stadt Monheim am Rhein als weitere Gesellschafterin in die Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein im Rahmen einer Kapitalerhöhung durch Bareinlage und Übernahme eines Geschäftsanteils im Nennwert von T€ 26 zu. Der Differenzbetrag zum Unternehmenswert der Gemeinnützigen Jugendwerkstatt Hilden (GJwH) ist durch eine entsprechende Zuzahlung der Stadt Monheim am Rhein in die Kapitalrücklage der übernehmenden GJwH auszugleichen. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der vollständigen Neufassung des Gesellschaftsvertrages der übernehmenden GJwH gemäß dem im Entwurf beigefügten Gesellschaftsvertrag (Anlage 1) zu. Die neue Firma der Gesellschaft lautet: Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein.

Die Zusammenarbeit der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein richtet sich nach dem im Entwurf beigefügten Konsortialvertrag (Anlage 2).

Der Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein wird ermächtigt, die zum Wertausgleich notwendige Zuzahlung in die Kapitalrücklage der Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein vorzunehmen und die Voraussetzungen für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Zahlung zu schaffen. Aufgrund einer vorläufigen Plan-Übernahmebilanz zum 1. Januar 2015 (Anlage 3) ist von einer Zuzahlung der Stadt Monheim am Rhein in Höhe von rund T€ 216 auszugehen.

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein ermächtigt den Bürgermeister, sämtliche Erklärungen abzugeben und sämtliche Handlungen vorzunehmen, die nach seinem Ermessen zum Abschluss und zum Vollzug der notwendigen Transaktionen notwendig oder zweckdienlich sind.

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein entsendet den Ersten Beigeordneten, Herrn Roland Liebermann in die Gesellschafterversammlung der Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein.

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein entsendet Frau Andrea Griese-Pelikan sowie die Ratsmitglieder, bzw. sachkundigen Bürgerinnen und Bürger

Lisa Pientak, PETO

Florian Große-Allermann, PETO

Gabriele Hackel, CDU

in den Aufsichtsrat der Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein.

einstimmig zugestimmt

22

Konzept zur Sozialraumversorgung in den Übergangwohnheimen der Stadt Monheim am Rhein

Vorlage: IX/0129

Beschlussempfehlung

Das als Anlage beigefügte Konzept zur Sozialraumversorgung in den Übergangwohnheimen der Stadt Monheim am Rhein wird beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen mit dem beratungsCentrum e. V., Friedenauer Str. 17c, 40789 Monheim am Rhein und dem SKFM Monheim am Rhein e.V., Ernst Reuter Platz 2, 40789 Monheim am Rhein, abzuschließen.

Die Laufzeiten sollen vorerst die Jahre 2015 und 2016 mit der Option auf Verlängerungen umfassen. Die erforderlichen Finanzmittel i. H. v. 130.000 € für das Jahr 2015 und 124.000 € p. A. für die Jahre 2016 bis 2018 sind bereits im Haushalt eingeplant.

einstimmig zugestimmt

23 2. Satzung zur Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen
Vorlage: IX/0201

Beschlussempfehlung

Die 2. Satzung zur Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen wird in der als Anlage 1 der Vorlage beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

24 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Mettmann im Bereich Statistik
Vorlage: IX/0205

Protokoll:

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert seine Verwunderung darüber, dass der Kreis Mettmann auf die Daten aus Monheim am Rhein Zugriff erhalte, umgekehrt dies aber nicht der Fall sei.

Die Verwaltung erklärt, dass der Kreis Mettmann über eine abgeschottete Statistikstelle verfüge. Dort würden Daten statistisch ausgewertet, was bei der Stadt Monheim am Rhein sowie den meisten anderen kreisangehörigen Städten nicht möglich sei. Deshalb würden die Daten an den Kreis Mettmann weitergeleitet. Im Gegenzug erhalte die Stadt Monheim am Rhein die gewünschten Auswertungen.

Beschlussempfehlung

Dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Monheim am Rhein und dem Kreis Mettmann gemäß dem als Anlage beigefügten (abgestimmten) Entwurf wird zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

25 Winrich-von-Kniprode-Schule
- Neubau Klassentrakt und Mensa -
- Baubeschluss -
Vorlage: IX/0120

Protokoll:

Die Verwaltung präsentiert die Ergebnisse, die aufgrund der Anregungen in den Vorberatungen in das Konzept eingearbeitet wurden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion merkt an, dass die überarbeiteten Pläne der Abstimmung in der Fraktion bedürfen. Hinsichtlich der neuen Gebäude sei keine Unterkellerung vorgesehen. Hier stelle sich die Frage, ob dies sinnvoll sei. Insbesondere im Hinblick auf den Wegfall von öffentlichen Räumlichkeiten sei ein Keller wünschenswert der z.B. als Probenraum zur Verfügung gestellt werden könnte.

Der vorhandene Keller bliebe erhalten und würde umgebaut, erläutert die Verwaltung. Neuen Kellerraum zu schaffen sei zu kostenintensiv und auch nicht notwendig, da nach Angabe der Schule keine weiteren Flächen benötigt würden.

Die Sprecher der Peto-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merken an, dass das neue Konzept innerhalb der Fraktionen beraten werden müsse.

Der Bürgermeister sichert zu, die neuen Pläne und eine Kostenermittlung für die Errichtung weiterer Kellerräume bis zur Ratssitzung zur Verfügung zu stellen.

Beschlussempfehlung

1. Der Neubau an der Winrich-von-Kniprode-Schule wird entsprechend der Planung ausgeschrieben und realisiert.
2. Das Raumprogramm wird gegenüber der bisherigen Beschlusslage um einen weiteren OGS-Raum sowie einen entsprechend größeren Speiseraum ergänzt.
3. Die Finanzierung erfolgt über die im Finanzplan B zum Haushalt 2014 bereit gestellten Mittel in Höhe von 2.600.000 Euro (17102.057) sowie für das erweiterte Raumprogramm weitere 470.000 Euro über den Finanzplan B zum Haushalt 2015.

einstimmig zugestimmt**26****Auslaufen der Bestandsbetrauungen in der ÖSPV-Finanzierung/Weiterentwicklung des VRR-Finanzierungssystems
Vorlage: IX/0178****Protokoll:**

Die Verwaltung weist darauf hin, dass es sich um eine ähnliche Vorlage wie im vergangenen Jahr handeln würde. Die Vorlage sei ein Vorschlag des Zweckverbandes und im Vorfeld mit allen Mitgliedern abgestimmt. Die Änderungen seien in der Hauptsache aufgrund der Umsetzung von EU-Recht notwendig.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Angabe, welche Konsequenzen sich für die Stadt Monheim am Rhein ergeben.

Es sei davon auszugehen, so der Bürgermeister, dass sich für die Stadt Monheim am Rhein keine finanziellen Auswirkungen ergeben werden.

Durch die neue Vereinbarung seien verbesserte Kooperationsmöglichkeiten für die Bahnen der Stadt Monheim am Rhein zu erwarten, ergänzt der Sprecher der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein fasst auf Empfehlung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR folgende Beschlüsse:

- a. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, dass die Aufgaben gemäß § 5a der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes VRR im Rahmen einer Mandatierung auf den Zweckverband VRR übertragen werden.
- b. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stellt fest, dass er als Aufgabenträger gemäß § 3 Abs. 1 ÖVNVG NRW mit den weiteren Aufgabenträgern/zuständigen Behörden im Verbandsgebiet des Zweckverbandes VRR eine Gruppe von Behörden im Sinne des Art. 5 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 bildet.
- c. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der Anpassung des VVR-Finanzierungssystems gemäß der Drucksache Nr. N/VIII/2014/0507 des VRR einschließlich der Anlagen zu.
- d. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der Anpassung der Finanzierungsrichtlinie des VRR (insbesondere der darin aufgezeigten Aufgabenverteilung) sowie der Anpassung der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes zu.
- e. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, dass die Finanzierung von kommunalen Verbundverkehrsunternehmen, an denen die Stadt Monheim am Rhein beteiligt ist, weiterhin im Rahmen der Regelungen des § 19c der Zweckverbandssatzung VRR durchgeführt wird.
- f. Soweit erforderlich, führt die Stadt Monheim am Rhein (Eigentümer) einen entsprechenden gesellschaftsrechtlichen Beschluss zur Konkretisierung der Vorgaben nach § 19c der Zweckverbandssatzung des VRR herbei. Die Aufgabenträger der betroffenen Verkehrsunternehmen tragen dafür Sorge, dass die Vorgaben der Finanzierungsrichtlinie des VRR eingehalten werden.
- g. Der Zweckverband VRR erhält eine Mitteilung über diesen Beschluss.

Die Beschlüsse unter den Punkten a. – g. werden unter der Bedingung gefasst, dass die Abstimmung des VRR mit dem Finanzministerium Nordrhein-Westfalen zu keinen Änderungen der steuerlichen Beurteilung in Bezug auf die bisherigen Abstimmungen führt.

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt den Bürgermeister, die in § 5a Abs. 4 Nrn. 1, 2, 5 und 7 der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes VRR genannten Voraussetzungen ab dem Zeitpunkt der Direktvergabe jährlich zu prüfen, die Ergebnisse der Prüfung amtlich beglaubigen zu lassen, zu begründen und dem Zweckverband VRR jeweils bis zum 30.09. des Vorjahres schriftlich mitzuteilen.

einstimmig zugestimmt

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 Vorlage: IX/0187

Protokoll:

Der Bürgermeister weist auf die am 01.12.2014 zur Verfügung gestellte aktualisierte Version der Vorlage hin, die die entsprechenden Beschlüsse der Fachausschüsse enthalte.

Er schlägt für die Beratung die folgende Vorgehensweise vor:

- ❖ Beratung der Produkte, die noch nicht Bestandteil der Haushaltsberatungen der Fachausschüsse waren (00, 10, 20, 71, 90)
- ❖ Abstimmung über die bereits vorberatenen Bereiche
- ❖ Beratung des Teilfinanzplans B der Bereiche 00, 10, 20, 71, 90
- ❖ Abstimmung über den Teilfinanzplan B der bereits vorberatenen Bereiche
- ❖ Beratung der Online-Bürgerbeteiligung inkl. der durch die Verwaltung erarbeiteten Stellungnahmen

Zu den nachfolgend nicht aufgeführten Produkten erfolgten keine Wortmeldungen und einstimmige Beschlüsse.

Produkthaushalt

00.03

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion der vorgesehenen Einrichtung einer 2. Stelle für die Öffentlichkeitsarbeit nicht zustimme.

Der Bürgermeister erklärt, dass beabsichtigt sei, die Stellenanteile von derzeit 1,0 auf 3,0 auszuweiten. Hintergrund sei, dass die Pressearbeit der Töchter zentral mitbetrieben werden solle, sofern die MVV in nächster Sitzung dieser Vorgehensweise zustimmen werde. Hierfür solle eine entsprechende Personalkostenerstattung erfolgen.

Darüber hinaus sei geplant, dass sowohl der Mängelmelder als auch die Präsenz in den sozialen Netzwerken betreut bzw. erhöht werden sollen.

Die CDU-Fraktion lehne die Ausweitung der Stellen von 1,0 auf 3,0 ab. Bereits die im letzten Jahr vorgenommene Personalaufstockung von 0,6 Stellenanteilen auf 1,0 im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sei gegen den Willen der CDU-Fraktion erfolgt, so deren Sprecher. Er betont, dass dies nicht im Zusammenhang mit den handelnden Personen stehe.

Es werde beantragt, die Mittel für die Aufwendungen für Städtepartnerschaften um 10.000 € zu erhöhen, erklärt der Sprecher der Peto-Fraktion. Diese Mittel sollen, vorbehaltlich des entsprechenden Ratsbeschlusses, auch für die neu einzugewinnende Städtepartnerschaft vorgehalten werden, um in erster Linie die vorgesehenen Austausche zu ermöglichen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass hier der zweite Schritt vor dem ersten Schritt gemacht werden solle. Diese Diskussion sei dem Rat vorbehalten, da hier auch über die Städtepartnerschaft als solche beraten würde. Die Aufstockung des Ansatzes werde grundsätzlich begrüßt.

Da die Städtepartnerschaft grundsätzlich befürwortet würde und die Haushaltsberatungen vorher bzw. zeitgleich stattfänden, sei die Erhöhung der Mittel zum jetz-

zigen Zeitpunkt geboten, erklärt die Sprecherin der Peto-Fraktion. Um jedoch dem Einwand der CDU-Fraktion Rechnung zu tragen, könne ein entsprechender Sperrvermerk angebracht werden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass grundsätzlich ein Budget innerhalb der Sparkassenstiftung zur Verfügung stünde. Hier sei jedoch die Antragsfrist für das Jahr 2015 abgelaufen, so dass, würden keine städtischen Mittel zur Verfügung gestellt, im Jahr 2015 keine Austausche stattfinden könnten. Das Anbringen eines Sperrvermerks halte er für entbehrlich, da, sofern der Haupt- und Finanzausschuss die Aufstockung der Mittel beschließen würde, der Rat diese Entscheidung in der kommenden Sitzung durch Beschluss ändern könne.

Es sei zukünftig zu überlegen, ob es möglich sein solle, Schülern grundsätzlich Austauschfahrten zu ermöglichen und die Zuschüsse nicht nur auf die Partnerstädte zu begrenzen, so der Sprecher der CDU-Fraktion.

Der Bürgermeister stellt den Antrag der Peto-Fraktion auf Erhöhung des Budgets für die Aufwendungen für Städtepartnerschaften um 10.000 € zur Abstimmung.

Einstimmig zugestimmt.

00.07

Für die Wirtschaftsförderungen seien 2 zusätzliche Stellen vorgesehen. Hier bittet der Sprecher der SPD-Fraktion um nähere Erläuterung. Dabei gibt er zu bedenken, dass die Ausweisung von zusätzlichen Stellen dauerhafte Kosten verursache und bei einem Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen auf das vorherige Volumen den Haushalt enorm belasten würde. Daher werde die SPD-Fraktion bei der Beratung des Stellenplans beantragen, hier lediglich eine zusätzliche Stelle einzurichten. Grund hierfür sei unter anderem auch der Vergleich mit anderen Kommunen, deren Wirtschaftsförderung personell weitaus geringer ausgestattet sei und sich ein besonderer Bedarf für die Stadt Monheim am Rhein nicht ergeben würde.

Es sei vorgesehen, die Wirtschaftsförderung insgesamt mit 9 Vollzeitstellen auszustatten, erklärt der Bürgermeister. Das Aufgabenfeld sei jedoch nicht mehr mit den Aufgaben vor einigen Jahren zu vergleichen. Zum einen sei das bisher separat geführte Stadtteilmanagement Berliner Viertel integriert. Zum anderen würden nun, dem politischen Beschluss entsprechend, auch die Aufgabenfelder Citymanagement und Tourismus bearbeitet. Die zusätzlichen Stellen sollen jeweils dem Bereich Citymanagement und Tourismus zugeordnet werden. Dies sei auch erforderlich, wenn das Tourismus-Konzept fertig gestellt und beschlossen sei, da die daraus resultierenden Maßnahmen sonst nicht abgearbeitet werden könnten. Auch das Citymanagement werde zukünftig vor neue und zusätzliche Herausforderungen gestellt, was zusätzliches Personal erfordere.

Die Sprecher der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließen sich den grundsätzlichen Ausführungen zum Stellenaufbau der SPD-Fraktion an. Dies sei insgesamt kritisch zu bewerten. Sofern möglich, sollte auf befristete Arbeitsverhältnisse zurückgegriffen werden.

Der Bürgermeister vertritt die Ansicht, dass nun der richtige Zeitpunkt sei, neue Strategien und Ziele zu verfolgen. Die jetzt zur Verfügung stehenden Mittel sollten genutzt werden, um die Weichen für die Zukunft zu stellen. Im Übrigen sei das Personal erforderlich, um die durch die politischen Gremien beschlossenen Maß-

nahmen umsetzen zu können.

Der Sprecher der Peto-Fraktion bezieht sich auf das Stadtteilbüro, das für den Stadtteilmanager eingerichtet werden solle. Dies sei bislang nicht fertiggestellt. Daher bittet er um Angabe, wann damit zu rechnen sei.

Mit der endgültigen Fertigstellung sei im Januar 2015 zu rechnen, erklärt die Verwaltung. Im Jahr 2014 könne das nicht erfolgen, insbesondere, weil derzeit nicht erkennbar sei, welche Haushaltsmittel hierfür notwendig würden.

Der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass der Bürgermeister beabsichtige, eine städtische Wohnungsbaugesellschaft einzurichten, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Im Haushalt seien jedoch keine Mittel hierfür eingestellt. Auch für die Pflege des städtischen Grüns seien weder entsprechende Stellen noch Mittel für eine Fremdvergabe zu finden.

Der Bürgermeister führt aus, dass nicht alle strategischen Ziele im Jahr 2015 erreicht werden könnten, dies sei ein Prozess für die nächsten 5 Jahre. So sei in Bezug auf die Wohnungsbaugesellschaft zunächst ein Konzept zu erstellen, was im Jahr 2015 erfolgen solle. Ebenso sei derzeit das Grünflächenpflegekonzept noch nicht abschließend erarbeitet. Es seien jedoch bereits Mittel in Höhe von 281.000 € im Haushalt enthalten und weitere 80.000 € hierfür eingeplant und in der Änderungsliste vermerkt. Sollten diese nicht ausreichend sein, bestünde die Möglichkeit, unterjährig entsprechende Beschlüsse zu fassen.

71.01

Der Sprecher der SPD-Fraktion weist auf die beigefügte Aufstellung der geplanten Baumaßnahmen hin und bittet um Angabe, ob im Rahmen der Dachsanierung der Wilhelm-Busch-Turnhalle auch geplant sei, das äußere Erscheinungsbild zu erneuern.

Hierfür würden die Voraussetzungen geschaffen, so die Verwaltung. Die Dachsanierung müsse jedoch zuerst erfolgen.

Die CDU-Fraktion stellt den schriftlichen Antrag für ein modernes Schulkonzept im Berliner Viertel und erläutert diesen entsprechend. Der Antrag wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister merkt an, dass, bei Streichung der Worte „Berliner Viertel“, ein entsprechender Beschluss bereits gefasst wurde und derzeit von der Verwaltung umgesetzt werde. Es wurde seinerzeit beschlossen, eine Schulentwicklungsplanung für das gesamte Stadtgebiet vorzunehmen. Hierfür sei ebenfalls die Beauftragung eines externen Anbieters beschlossen worden, der voraussichtlich sein Konzept im Frühjahr 2015 präsentieren werde. Daher sei nicht nachvollziehbar, warum der vorliegende Antrag gestellt werde, da das Konzept sämtliche Schulraumbedarfe berücksichtige, eben auch die im Berliner Viertel.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erwidert, dass der Presse im Sommer zu entnehmen gewesen sei, dass der Bürgermeister Äußerungen zur Bebauung des Grundstücks der Hauptschule gemacht haben solle. Daher sei der Antrag gestellt worden, um dafür Sorge zu tragen, dass das Grundstück erhalten bliebe.

Die Hauptschule werde bis zum Jahr 2017 genutzt. Daher stünde das Grundstück bis zu diesem Zeitpunkt anderweitig nicht zur Verfügung. Davon abgesehen,

müsse ein entsprechender Bebauungsplan beschlossen werden. Es bestehe daher keine Befürchtung, dass Schulraum abgerissen werden würde. In Bezug auf die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung sei vorgesehen, im Januar 2015 das Konzept mit den Schulleitungen zu diskutieren, um im Anschluss die Fraktionen einzubinden und ein beschlussreifes Konzept zu erhalten. Dieses bilde dann die Grundlage für das weitere Vorgehen, auch für das Berliner Viertel.

Der Antrag wird zurückgezogen.

32

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist auf einen Antrag seiner Fraktion vom 22.03.2011 hin, in dem die zusätzliche Einrichtung von 2 Vollzeitstellen für den Kommunalen Ordnungsdienst beantragt und beschlossen worden sei. Es sei nicht ersichtlich, dass diesem Antrag entsprechend die Stellen aufgestockt worden seien. Ziel der CDU-Fraktion sei es, mehr Präsenz des KOD im Stadtgebiet zu erreichen. Hierfür sei die Einrichtung weiterer Stellen erforderlich.

Der Bürgermeister erläutert, dass der genannte Antrag umgesetzt worden sei. Derzeit seien 6,8 Stellen für den KOD ausgewiesen, wovon derzeit 5,8 Stellen tatsächlich besetzt seien. Die vakante Stelle sei durch eine interne Umsetzung des bisherigen Stelleninhabers frei geworden, werde aber umgehend wieder besetzt.

Diese Stellen seien demnach nicht ausreichend, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Es sei mehr Präsenz des KOD im Stadtgebiet wünschenswert. Daher werde die CDU-Fraktion bei den Stellenplanberatungen die Erhöhung der Stellen auf 10 Vollzeitstellen beantragen.

In diesem Zusammenhang weist der Sprecher der Peto-Fraktion auf den im Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung gestellten und beschlossenen Antrag hin. Gegenstand sei die Bereitstellung von 25.000 € gewesen, um insbesondere in den Abend- und Nachtstunden in den Sommermonaten eine Präsenz des KOD zu gewährleisten und insbesondere Ruhestörungen zu begegnen. Ob diese Mittel zur Besetzung einer Teilzeitstelle eingesetzt würden oder zur Finanzierung einer Rufbereitschaft für die vorhandenen Beschäftigten, stehe der Verwaltung frei. Auftrag sei es, ein Konzept zu erarbeiten, um das Ziel mit den vorhandenen 25.000 € zu erreichen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erläutert, dass die im Jahr 2011 beschlossenen Stellen genau für diese Aufgaben in den Abend- und Nachtstunden gedacht gewesen seien und demnach offensichtlich nicht ausgereicht hätten, da der Antrag der Peto-Fraktion diese Problematik erneut enthalte.

Der Bürgermeister empfiehlt, die Diskussion im Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung fortzusetzen. Dort könne das Ordnungsbüro über die Tätigkeiten und Einsatzzeiten detailliert berichten.

60

Der schriftliche Antrag der CDU-Fraktion zur Anpassung der Beitragssätze in der Gebührensatzung für die Umlage von Straßensanierungsarbeiten, der als Anlage dem Protokoll beigelegt ist, wird zur Abstimmung gestellt.

Mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, enthalten:

1 SPD)

Teilfinanzplan B

71

Der Sprecher der CDU-Fraktion betont, dass seine Fraktion die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme der Feuerwache und des Betriebshofes nicht befürworte. Aufgrund der bereits geführten Diskussionen in vergangenen Sitzungen und der dort gefassten Beschlüsse, sehe seine Fraktion jedoch davon ab, zu diesen Themen erneut auszuführen.

Auf dem Abenteuerspielplatz sei erneut eingebrochen worden, erklärt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Um weiteren Einbrüchen vorzubeugen beantrage seine Fraktion daher, einen Zuschuss in Höhe von 1.000 € zu gewähren, um entsprechende Sicherheitstechnik zu beschaffen.

Die Zuschüsse der Stadt Monheim am Rhein und der Sparkassenstiftung seien vermutlich ausreichend, um entsprechende Vorkehrungen zu treffen, erläutert die Verwaltung. Es wird jedoch zugesichert, Kontakt mit dem Vorstand aufzunehmen, um die Angelegenheit zu klären.

Online-Bürgerbeteiligung

Die Verwaltung stellt eine Zusammenfassung der Beteiligungen zur Verfügung. Trotz vermehrter Veröffentlichungen sei die Beteiligung zurückgegangen, so der Bürgermeister. Der Grund liege vermutlich darin, dass der Haushalt 2015 kaum Konfliktpotential enthalte. Weiterhin könne sich die Bürgerschaft durch den Mängelmelder jederzeit mit Anregungen an die Verwaltung wenden.

Änderungsliste

Die Verwaltung führt aus, dass durch den soeben gefassten Beschluss zur Bildungsgesellschaft eine Position ergänzt werden müsse, da Geschäftsanteile erworben und in die Kapitalrücklage eingezahlt werden müssen. Es werde daher ein Betrag in Höhe von 242.000 € zur Verfügung gestellt, der das Gesamtergebnis jedoch nicht verändere.

Beschlussempfehlung

1. Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2015 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
- b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat, angenommen.

2. Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2015 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigelegte Haushaltssatzung 2015 wird Bestandteil des Beschlusses. Die Budgetzuordnung auf die einzelnen Bereiche ist als verbindlich anzusehen (Anlage 3).

3. Der Rat macht sich die Stellungnahme der Verwaltung vom 10.11.2014 zu den einzelnen Bürger-Ideen und Bürger-Kommentaren im Rahmen der Online-Beteiligung unter Ergänzung der Änderungsvorschläge aus den Beratungen der Fachausschüsse und des Haupt- und Finanzausschusses zu Eigen (Anlage 5).

einstimmig zugestimmt

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Der Bürgermeister ruft erneut die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf.

Es meldet sich Frau Angela Weiler mit einem persönlichen Anliegen zu Wort, das die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt betreffe.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies nicht der Rahmen sei, um persönliche Sachverhalte zu klären.

Herr Lambertz bezieht sich zunächst auf einen Fernsehbeitrag der Sendung Günther Jauch, und spricht dem Bürgermeister seinen Dank und seine Anerkennung für die gelungene Vertretung der Interessen der Stadt Monheim am Rhein in diesem Beitrag aus.

Weiterhin stellt Herr Lambertz die folgenden Fragen:

1. Wann mit einer Fertigstellung des Parkplatzes des FC Monheim hinsichtlich Bepflanzung und ähnlicher Arbeiten zu rechnen sei?
2. Wie das Baugebiet an der alten Aalrucherei in Baumberg genutzt werden solle?
3. Ob es richtig sei, dass für den Neubau des Landschaftsparks 32 Bäume gefällt werden sollen?

Der Bürgermeister führt aus, dass

1. Derzeitiger Stand sei, dass die Pflanzen bereits beschafft und Angebote für die Ausführung eingeholt worden seien. 6 Firmen seien angefragt worden, wovon lediglich eine Firma ein Angebot unterbreitet habe, das jedoch weit über dem veranschlagten Budget liege. Daher sei es erforderlich erneute Anfragen zu stellen.
2. Das ursprünglich geplante Projekt, das auch der Bebauungsplan abdecke, werde derzeit seitens des Eigentümers und Projektleiters überdacht, da es Schwierigkeiten bei der Vermarktung gegeben habe. Hier stehe der Eigentümer mit der Stadt Monheim am Rhein im Gespräch.
3. Richtig sei, dass einige Bäume gefällt werden müssten. Es seien in erster Linie Pappeln betroffen, die teilweise auch Schäden aufweisen und im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht zu entfernen seien. Insbesondere die Alleen würden aber erhalten bleiben. Insgesamt würden die Flächen ökologisch aufgewertet. Im Bereich Bauwesen liege eine Karte aus, auf der ersichtlich sei, welche Bäume gefällt würden und welche Neupflanzungen vorgenommen würden.

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

29 Mündliche Anfragen

29.1 Holzgebäude auf der Bürgerwiese

Protokoll:

Auf der Bürgerwiese sei ein Holzgebäude errichtet worden, so Ratsherr Gronauer. Hier stelle sich die Frage, wie diese Hütte genutzt werden solle.

Hierbei handele es sich um eine Schutzhütte, die seitens der Politik im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 beschlossen worden sei, führt die Verwaltung aus.

29.2 Sachstand Baugebiet Baumberg Ost

Protokoll:

Ratsherr Schumacher bittet um Angabe des Sachstands bezüglich der Grundstücksankäufe für das Baugebiet Baumberg Ost.

Der Bürgermeister erklärt, dass er diese Anfrage im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beantworten werde.

29.3 Grundstück im Monheimer Süden an der Hefe-Fabrik

Protokoll:

Im Monheimer Süden an der Hefe-Fabrik seien 2 Häuser abgerissen und das Gelände baureif hergerichtet worden, erklärt Ratsherr Schumacher. Er bittet um Erläuterung, was dort geplant sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich um ehemalige Betriebswohnungen der Schwarz Pharma AG gehandelt habe, die nicht mehr genutzt würden.

Die Sitzung wird für die Zeit von 19:38 Uhr bis 19:53 Uhr unterbrochen.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Anke Bitsch
Schriftführerin